

Donnerstag, den 6. Februar, abends.

1890.

Berungspreis:

Für Dresden vierjährlich 3 Mark 50 Pf., bei
den Kaiserl. deutschen Postanstalten vier-
jährlich 3 Mark; außerhalb des deutschen Reiches
trifft Post- und Stempelschlag hinzu.

Einzelne Nummern: 10 Pf.

Ankündigungsgebühren:

Für den Raum einer gespaltenen Zeile kleiner
Schrift 20 Pf. Unter „Eingesetzte“ die Zeile 50 Pf.
Bei Tabellen- und Ziffernreihen Aufschlag.

Erscheinen:

Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage abends.
Fernsprech-Anschluss: Nr. 1296.

Amtlicher Teil.

Dresden, 30. Januar. Se. Majestät der König
haben dem Bezirkshauptmeister Johann Friedrich August
Landsberg in Dresden das Ritterkreuz II. Klasse vom
Verdienstorden überreicht zu verleihen gehabt.

Se. Majestät der König haben geruht, den an
Stelle John W. Tidridge's zum Konzular-Agenten
der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Glanckau
ernannten Sidney P. Townsend in dieser Eigen-
schaft anzuerkennen.

Nichtamtlicher Teil.**Geographische Nachrichten.**

Stuttgart, 6. Februar. (Tel. d. Dresden. Journ.) Der fällige Personenzug von Göppingen
fahrt heute früh in Cannstadt auf einen Güterzug,
welcher entgleiste. Dem „Neuen Stuttgarter Tage-
blatt“ zufolge wurden mehrere Wagen zertrümmt,
aber keine Person verletzt.

London, 6. Februar. (Tel. d. Dresden. Journ.) Der Gasheizergast ist durch einen Vergleich be-
endet worden, wonach die Southmetropolitan-Gas-
compagnie die 8 stündige Arbeitszeit wieder einführt
und die alten Arbeiter einstellt, sobald Pläne für
dieselben frei werden.

Sofia, 5. Februar. (W. T. B.) Nach dem
Journal „Swoboda“ erfolgte die Verhaftung des
Majors Panica wegen seines Verhaltens an
öffentlichen Orten und wegen beleidigender Äuße-
rungen gegen die höchsten Behörden. Außerdem
soll Panica einige Militär- und Zivilpersonen zu
ungefährlichen Aktionen verleitet haben. Sechs Per-
sonen, darunter 3 Kavallerieunteroffiziere, wurden
als Mittelpunkte verhaftet.

Der Polizeipräsident von Sofia gab seine Ent-
lassung; dieselbe wurde angenommen.

Dresden, 6. Februar.

Serbien und Montenegro.

Die Reise des montenegrinischen Ministers des
Auswärtigen über Wien nach Belgrad und Konstan-
tinopel ist in der Presse vielfach besprochen und in
der manigfachsten Art gedenkt worden. Ein großer
Teil der Blätter witterte hinter derselben ganz andere
und weit ernsthafte Dinge als den bloßen Auswärts-
aufenthalt, Handelsvertrag u. c. und erging sich
in den abenteuerlichsten Vermutungen, um den Reise
größeres Interesse zu verleihen oder deren Zweck und
Ziel zu ergründen. So hat sich um die Winterfahrt
des Überbringers eines sürschlichen Handelsvertrags an
Serbiens jungen König ein ziemlich bunter Karneval
gewoben, welche von dem zeitgleichenden
Publizismus so glaubiger angenommen wurden, als
man es in Belgrad und Cetinje nicht für nötig fand,
denselben entgegenzutreten. In ihrer heutigen Nummer
nimmt die Wiener „Presse“ Beurlaßigung, die politi-
sche Bedeutung des Ereignisses auf das gebührende
Maß zurückzuführen und all den Wutausnahmen ent-
gegenzutreten, welche hinter denselben die folgen-
schwersten Entschlüsse und Maßnahmen erblühten. Das
halbamtliche Wiener Blatt sagt:

Die heutige allgemeine politische Lage und ganz
besonders das Verhältnis Serbiens zu Montenegro
ist so einfach, daß es gar nicht schwer fallen kann, sich
über das Ergebnis der Reise des Hrn. Bulowics nach
Belgrad eine ganz zuverlässige Meinung zu bilden.

Feuilleton.

A. Hoftheater. — Altona. — Am 5. Februar:
„Die beiden Schären“. Komische Oper in drei
Aufzügen von Albert Lortzing. (Neu einstudiert.)

Die geringe Teilnahme, welche das Publikum der
Wiederaufnahme dieses liebenswürdigen, musikalisch
natürlichen und theatralisch noch recht lebendigen Werkes
gestern entgegenbrachte, ist ein neuer, nicht eben
erträumerlicher Beweis für die absolute Herrschaft der
modernen forcirt dramatischen Musik im gegenwärtigen
Zeitgeschmack, für einen Zustand, in welchem sich
wahrliebste harmonische Kunstschanzung und seine
gefundene Ausdrucksweise ausdrückt.

Lortzings erste Spieloper steht an Wert erheblich
unter den späteren Schöpfungen ihres Autors, dessen
Tonprache unserem jetzt anders gewohnten Ohr bis-
weilen schon etwas veraltet klingt, aber auch sie ist in
manchen Szenen erfüllt von munter bewegtem Leben
und ihre Musik ist hellenweise — vornehmlich in dem
Ensemble, dem Anfangschor des ersten, dem Finale
des zweiten und dem Septett des dritten
Aufzuges — so frisch bei aller Einfachheit, so me-
lodisch gefällig und fließend, verbindet sich oft so un-
gewöhnlich und charakteristisch mit der jeweiligen
Situation, daß man sich mit vollem Begeisterthum ihrem
wohlbewußten, unterhaltsamen und erheiternden Ein-
druck hängt. Denn Bedeutendes und Geistereiches
hat der Komponist in dieser Oper so wenig zu sagen,
wie in allen anderen, aber sein gewöhnlicher Prosaismus,
sein geübter Humor waltet auch hier und fesselt den

Dresdner Journal.

für die Gesamtleitung verantwortlich:
Hofrat Otto Banck, Professor der Litteratur- und Kunstgeschichte.

Annahme von Ankündigungen auswärts:

Leipzig: Fr. Brandstetter,
Kommissionär des Dresdner Journals;
Hamburg-Berlin-Wien-Leipzig-Basel-Breslau-Frankfurt
u. a.: Haasenstein & Vogler; Berlin-Wien-Hamburg
Prag-Louisburg-Frankfurt a. M.-Würzburg: Rud. Moos,
Paris-London-Berlin-Frankfurt a. M.-Stuttgart: Deutsches
& Co.; Berlin: Isidor Lindemann; Breslau: Emil Kalath;
Hannover: C. Schröder; Halle a. S.: J. Borch & Co.

Herausgeber:
Königl. Expedition des Dresdner Journals,
Dresden, Zwingerstr. 10.
Fernsprech-Anschluss: Nr. 1296.

Wer sich an die Thatsoche erinnert, daß Serbien mittlen im Winter an 8000 hungrende Montenegriner eine gastliche Heimstätte gewohnt hat, muß vom Standpunkt der Amerikaner und Dankbarkeit die Reise Bulowics vollständig begreifen. Der große Dienst, den Serbien in diesem Falle dem Fürsten von Montenegro geleistet hat, wird ja wesentlich dadurch erhöht, daß die Montenegriner von ihren früheren Ansiedlungen her bei der serbischen Bevölkerung nichts weniger als beliebt sind. Der Montenegriner hat seine Vorfahrt nicht auch heute noch nicht abgestreift. Er liebt den Krieg, weil er seinen Mann leicht und sicher ernährt; er liebt aber nicht die Arbeit, zumal seine unverdächtige Heimat dazu keine eintönige Heilegheit bietet. Der Montenegriner findet sich daher, ganz besonders wenn er außer Land geht, am wohlsten als Herr und Gebieter oder als Meisterländer und Leibgardist; was dagegenfalls fällt und mit schwerer Tagesarbeit verknüpft wird, das ist nicht noch seinem Geschmack. Daher kommt es, daß der Montenegriner auf der Balkanhalbinsel in der Regel als Raub und als Freischärler sehr branchbar ist; wird er aber irgendwo zur Schäftigkeit gezwungen, dann ist er eine Plage für die Bevölkerung, noch mehr aber für die benachbarten Einwohner, wenn diese auf Ruhe, Ordnung und Sicherheit des Eigentums immerhin etwas halten. Die Thatsoche ist eine so oft berührte, daß es die Anstrengung des 8000 Montenegriner im Süden Serbiens einem Liebedienst von ungewöhnlicher Selbstlosigkeit gleichkommt; sie ist so schwierig, daß die Abstaltung des Danzes durch einen Siegjagdserfolg als ganz natürlich erscheinen muß.

Wenn man nun in Belgrad und Cetinje die Reise Bulowics auch mit einem politischen Ziel verbunden hat, so ist das bei den bisherigen Beziehungen zwischen Serbien und Montenegro eine sehr begreifliche Sache. Seit dem Jahre 1876, da beide Staaten eine vorübergehende und ziemlich dornenvolle Allianz mit einander geschlossen, haben sich Jahr für Jahr Thatsochen ereignet, welche Serbien und Montenegro mit einander geradezu vereinbarten müssen. So viel großteils in Belgrad und Cetinje, weil das Schw- und Trubelbündnis nach dem ersten Kriege mit der Türkei nur halb gehalten wurde und im Frieden von San Stefano Serbien so schlechte Früchte getragen hatte. Dann proklamierte man in Belgrad das Königreich und störte damit nach den Anschauungen des Hohen von Cetinje die monarchische Ausordnung der beiden Dynastien; später heizte Prinz Peter Karadjordjevic, der Thronbewerber und Toßein des geweihten Serbokönigs, die Tochter des Fürsten Nikola — und so ging das mit größeren und kleineren Rücksichten jahrelang fort, bis sich ein tiefer Haß zwischen Serbien und Montenegro förmlich eingelebt hatte. Dieser ging schließlich so weit, daß der heutige Regent Nikola in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident im Jahre 1887 notleidenden montenegrinischen Auswanderern die Landesgrenze verschließen mußte. Es ist nun ganz begreiflich, wenn jetzt Fürst Nikola und die feindselige Regierung die zulässige Reise des an der Belgrader Hochschule herangewachsene Bulowics benötigen, um die unfeindlich gewordenen Beziehungen zu befreien, und es ist gewiß im Interesse der fortwährenden Entwicklung der beiden Länder, wenn eine Annäherung zwischen Serbien und Montenegro erreicht werden kann.

Wenn daher Gerüchte auftreten, die bereits vom Abschluß eines Bündnisses sprechen, so schieren diese jedenfalls weit über das Ziel und verdienen vermehrt der Natur der thatsochenlichen zärtlichen Lage keinen Glauben. Und wenn selbst ein Schatten von Verdacht für solche Gerüchte in diesem Augenblide bestreikt werden sollte, so kannen die bezüglichen Beziehungen nicht weit über einen Versuch hinauskommen. Es fehlt nämlich in der auswärtigen Politik beider

Staaten jeder ernste und fassbare Anhaltspunkt, um ein Schw- und Trubelbündnis zu einem bestimmten Zwecke schon heute abzuschließen. Und kommt es später zu einem beglückten Anlaß, so wird das Bündnis in pubblicher Stunde ebenso zu stande kommen, wie dies im Jahre 1876 der Fall war. Aber es fehlt nicht nur gewissermaßen das Objekt, es fehlt zur Stunde auch die innere, aufrichtige Reizung zu einer solchen Verbindung. Es besteht in Belgrad wie in Letzien noch immer sowiel eingewohntes Misstrauen, daß dieses vorerst beschwichtigt werden muß, bevor dauernde günstige Beziehungen zwischen den beiden Höfen und Ländern ins Leben gerufen werden können. In Belgrad sind die hochstiegenden großherzöglischen Pläne des Fürsten Nikola — denen ja die Dynastien Obrenovic und Karadjordjevic ganz naturnächlich im Wege stehen — ja gut bekannt, daß man diese Pläne nicht so rasch vergessen wird. Zugem kommt noch, daß Fürst Nikola, gleich seinen Montenegrinern, in Serbien gar keine oder wenigstens keine solchen Sympathien besitzt, daß er im Wege einer trocknen Umwandlung aus Ziel des serbischen Kaiser- und Königtums gelangen könnte. Endlich kommt noch dazu, daß Serbien, heute wie vor 20 Jahren, als das einzige südländische Biennont ansteht, während die montenegrinischen Politiker noch immer behaupten: daß Serbien im Königreiche sei, so heruntergelommen, daß nur die Montenegrinierung desselben Heilung und Rettung bringt. Das alles sind so tief eingewurzelte Stimmungen, Wünsche und Vorstellungen, daß wohl noch Jahre darüber vergehen müssen, bis jenes Ziel auch nur annähernd erreicht werden kann, das man schon heute von verschiedener Seite der „Mission Bulowics“ zuschreibt.

Ebenso überflüssig und vertrügt sind die Schlüsse, welche an die Reise Bulowics nach Konstantinopel getragen werden. Es gibt eine ganze Reihe von kleinen Fragen, welche dem Fürsten von Montenegro fortwährend Verlegenheiten bereiten und deren Lösung daher in Cetinje gerade heute als unerlässlich empfunden wird. Da weitergehenden volkischen Auseinandersetzungen ist man in Konstantinopel dermaßen weder ausgelegt, noch naiv oder leichtfertig genug, und wenn sich daher die Pläne zu irgendwelchen Zugeständnissen berühren, so wird sie dieselben gewiß nur im Interesse der Ruhe und leidlichen Nachbarschaft gewähren.

Tagesgeschichte.

* Berlin, 5. Februar. Se. Majestät der Kaiser
nahm heute vormittag den Vortrag des Staatsministers
Dr. v. Lucius entgegen.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlichte heute

folgende zwei allehöchste Erlasse:

„Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der
deutschen Arbeiter die Hand zu richten, soweit die Grenzen es
gestatten, welche Meiner Fürsorge durch die Notwendigkeit ge-
lagen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt kon-
kurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und den Arbeitern
Erfahrung zu föhren. Der Rückgang der heimischen Betriebe
durch Bruch ihres Absatzes im Auslande würde nicht nur die
Unternehmer, sondern auch ihre Arbeiter bedrohen machen. Die
in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten
der Verbesserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur
durch internationale Verhandlung der an der Verherrlichung des
Weltmarktes beteiligten Völker, wenn nicht überwinden,
doch abmildern. In der Überzeugung, daß auch andere Re-
gierungen von dem Wunsche bestrebt sind, die Bestrebungen
einer gemeinsamen Rüttung zu unterstützen, über welche die
Arbeiter ihrer Völker unter sich ihre internationale Ver-
handlungen führen, will Ich, doch zunächst in Frankreich, Eng-
land, Belgien und der Schweiz durch Meine dortigen Be-
treter omölich angefragt werden, ob die Regierungen geneigt
sind, mit uns in Unterhandlung zu treten bezüglich einer inter-

nationalen Verhandlung über die Möglichkeit, denjenigen
Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen,
welche in den Ausschüssen der letzten Jahre und zuletzt
zu Tage getreten sind. Sobald die Zustimmung zu Meiner
Anregung im Prinzip gewonnen sein wird, berücksichtige Ich
Sie, die Kabinette aller der Regierungen, welche an der
Arbeiterfrage den gleichen Anteil nehmen, zu einer kon-
ferten, damit Beratung über die nächstliegenden Fragen einzule-

gen. Berlin, den 4. Februar 1890
Wilhelm I.

An den Reichstag.

Bei Weitem Regierungskritik habe Ich Weisen ent-
sprechend, die ferner Entwicklung unserer Regierung
in der gleichen Richtung zu föhren, in welcher Mein Gott in Gott
ruhender Großvater sich der Fürsorge für den wirtschaftlich
schwachen Teil des Volkes im Geiste Christlicher Gütelehrer
angemessen hat.

Entwölf und erfolgreich die durch die Erleichterung und
Verbesserung der Lage des Arbeitervandes bis-
her getroffenen Maßnahmen sind, so erfüllen dieselben doch nicht
die ganze Weite gewollte Wünsche.

Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiterversicherungsgesetz-
gebung und der lebhaften Verdrän der Gewerbeordnung
über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unter-
ziehen, um bei auf diesem Gebiete fast geworbenen Regel und
Wünschen, sowohl sie begründet sind, gerecht zu werden.

Die Erfüllung hat davon auszugehen, daß es eine der Auf-
gaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Kosten und die Art
der Arbeit zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die
Gebot der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Ar-
beiter und die Anstrengung auf gerechte Gleichredigung gewahrt
bleiben.

Um die Werte des Reichtums zwischen Arbeitgebern und
Arbeitnehmern sind gesetzliche Beschränkungen über die Formen
in Ansicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter,
welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer
Angestelltenvertretungen beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen
bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen
Meiner Regierung bestmöglich werden. Durch eine solche Einrich-
tung ist man der Arbeitern der freien und fröhlichen Ausbildung ihrer
Wünsche und Forderungen zu ermöglichen und den Staatsbedürf-
nissen Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Ar-
beiter fortlaufend zu unterrichten und mit dem letzteren Fühler
zu behalten.

Die sozialen Vergleiche müsste Ich bestmöglich der För-
derung für die Arbeiter zu Wohnraumteilen entwidet zu geben,
und für den Privatbergbau erfordere Ich die Herstellung eines
organischen Verhältnisses Meiner Bergbaumeister zu den Steinkohlen,
bestehend einer der Erteilung der Habilitationsurkunden entsprechenden
Richtlinie, wie sie bis zum Jahre 1885 bestanden hat.

Zur Fortsetzung dieser Fragen will Ich, daß der Staats-
rat unter Meinem Vorstehe und unter Ausübung derjenigen ha-
ftungsvollen Personen zusammenentrete, welche Ich dazu berufen
werde. Zur Auswahl der legeren belasse Ich Meiner Bekan-
nung vor.

Unter den Schwierigkeiten, welche der Erhaltung der Arbeit-
versicherung in dem von mir beschäftigten Sinne entgegen-
stehen, nehmen diejenigen, welche aus der Notwendigkeit der
Schonung der heimischen Industrie in ihrem Wettbewerb mit dem
Auslande sich ergeben, eine hervorragende Stellung ein. Ich
habe daher den Reichstag angewiesen, bei den Regierungen
der Staaten, deren Industrie mit der mächtigen Weltmarktf
verbunden ist, den Zusammenschluß anzuregen, um die
Herstellung gleichmäßiger internationaler Regelungen der
Grenzen für die Anforderungen anzustreben, welche an die
Tätigkeiten der Arbeiter gestellt werden dürfen. Der Reichstag
soll wie Ihnen Wohlteile Meines an ihn gerichteten Erlasses mitteilen.

Berlin, den 4. Februar 1890.
Wilhelm I.

An die Minister der öffentlichen Arbeiten

und für Handel und Gewerbe.

der Grenzen von Weisheit und Erringlichkeit, wie das
durchauskeine Zerbild ist.

Wie hier Ambition zur Wölbung und wilde Lust
zum Erfolg mit einander abwechseln, Gutes und Ver-
legen, Natürliche und Krankhaften in grellen Bildern
bietet, zeigte auch die energisch aufgebauten Zeichnungen
des Herrn Witterwurzer. Man sah dabei den Schauspieler,
der sich hier in Dresden schon in andern Auf-
gaben warm empfohlen und der sich die Benennung
Künstler verdient hat, eine Auszeichnung, mit der
man vorsichtig und sparsam umgehen sollte. Wir
werden und freuen den Gast in anderem glücklicheren
und gefälligeren Aufgaben zu sehen.

O. B.

Die Enkel.

Erzählung aus dem Umhange von E. v. Tindlage.

(Fortsetzung)

Herberg hatte seine Kinder niemals mit Vaterärtlich-
keit gelehrt, von vornherein verdroß es ihm, daß sie
Töchter und keine Söhne waren, dann aber glaubte
er sie zu nichts anderem berufen, als seine,
des Vaters Zwecke zu unterstützen. Anna weigerte
sich und ward verstoßen. Kathrine folgte, als sie
sah, daß sie zwischen der Heirat mit dem jungen
französischen Marquis de Lance und der Unterwerfung zu
wohnen hatte. Sie kämpfte nicht sehr, denn sie hing
an ihrer Bequemlichkeit und dem Wohlbehagen ihrer
Existenz und opferte schließlich alle Herzengespräche.
Nicht jeder hat die Anlage, sich als Oper zu fühlen.
Kathrine Herberg war nicht für ein Marionett geschaffen.
Der lebhafte Verdehandler spiegelte sich und seine
einstige, ungewöhnliche Jugend

21. September 1848, ist seit dem 30. Mai 1864 vermählt mit ihrem Vetter, dem Grafen v. París; die jüngere Tochter María de las Mercedes, geboren 24. Juni 1860, hatte sich am 23. Januar 1878 vermählt mit König Alfonso XII., der mütterlicherseits ihr Vetter war, starb aber schon am 26. Juni desselben Jahres.

London, 4. Februar. Auch in den englischen Kohlendistrikten gärt es wieder bedenklich. Die Kohlenarbeiter von Northumberland fordern allen Ernstes eine Prozentuale Lohnerhöhung und im Durhamer Bezirk wird eine solche von 15 Proz. verlangt. Die Entscheidung der Grubenbesitzer in Northumberland steht noch aus, die Grubenbesitzer von Durham haben erklärt, zu einer weiteren Erhöhung der Löhne mit Rücksicht auf ihre langjährigen Kontrakte außer Stande zu sein. Infolge dieser Weigerung läßt die Durham Miners Association nunmehr darüber abstimmen, ob gestreikt werden soll oder nicht. Die allgemeine Anschauung geht dahin, daß die Leute sich für den Streik erklären werden, weil ihnen vorgepredigt wird, daß es Schuld der Grubenbesitzer sei, wenn dieselben wegen ihrer langjährigen Kontrakte nicht in der Lage wären, von den augenblicklichen Stande der Kohlenpreise zu profitieren; schon die Rücksicht auf ihre Arbeiter hätte die Besitzer erhalten müssen, ihre Förderung auf längere Zeit zu verschließen; jedenfalls hätten die Arbeiter keine Urlaube, zu Löhnen zu arbeiten, welche die in den Kontrakten festgelegten verhältnismäßig niedrigen Kohlenpreise rechtfertigen würden und zu den wirklichen Preisen der Kohle in keinem Verhältnis ständen; die Arbeiter hätten dann um so weniger Veranlassung, als ja gar nicht abzusehen wäre, wie lange die günstige Konjunktur anhalten werde. Es bedarf wohl seiner weiteren Erfüllung,

nerve. Es vedort wohl keiner weiteren Erörterung, daß die hier mit zirren Worten gestellte Forderung, die Grubenbesitzer sollten, statt sich durch Verläufe im vorans zu sichern, ihre Produktion zu ihrer eigenen Verfüigung halten, für jeden, der von der Organisation unseres Wirtschaftslebens auch nur eine Ahnung hat, geradezu lächerlich erscheinen muß. In des für die weitere Ausziehung der Lohnschraube mußte doch irgend ein Grund gefunden werden! — Die Schiffs- und Maschinenbauer am Thale fordern ebenfalls eine 15-prozentige Lohn erhöhung und drohen im Notfall zu streiken. Ebenso sind die Schiffsbauer am West entschlossen, die Arbeit niedergulegen, wenn ihnen nicht eine wöchentliche Erhöhung von 2 sh und Verkürzung der Sonnabendarbeitszeit um eine Stunde gewährt wird. — Der um die Bezahlung der Ehezeit als Arbeitszeit entbrannte Streik auf Hays Werft zeigt sich, ähnlich wie der immer noch nicht beendete Gasarbeiterstreit, zu einer Kraftprobe der Traditions zu. Die Mitglieder der Union der Kärrner beispielweise sind von ihren Führern angewiesen, bei Strafe der Ausstiegung aus der Union keine Güter für Hays Werft zu verladen. Einer solchen Verfügung sich zu widersetzen, wagen die Leute nicht, weil sie, wie sie teilweise offen zugeben, sich vor Misshandlungen fürchten. Erst kürzlich wurden einem Jawiderhandelnden beide Augen ausgeschlagen. Infolge dieses Vorgehens ist nun auch auf Bernals Werft, wo die Leute sich

ist nun auch auf Brools Werft, wo die Leute sich weigerten, eine für Hans Werft bestimmte Thee-
sendung zu verladen, ein Streik ausgebrochen. Sympathien finden, wie leicht erklärlch, die Streikenden
nicht.

London, 3. Februar. (R. J.) Die Adresse,
welche vorgestern in Lissabon dem König in Gegen-
wart der Königin Amalie und des Premierministers
von einer 50 Mitglieder zählenden Abordnung der
Geographischen Gesellschaft überreicht ward,
zeichnet sich durch große Selbstbeherrschung aus. Des
Vorgehens der Engländer wird darin nur als
„ungewöhnlicher, seltsamer Gestigkeit“ gedacht; der
eigentliche Zweck der Adresse besteht in der
Anregung zu einer Umgestaltung der portu-
giesischen Kolonialverwaltung. Zum Schluß heißt
es: „Unser Wunsch, der das Ergebnis einer
15 jährigen Arbeit während des Besuches der geogra-
phischen Gesellschaft ist, geht auf eine Umgestaltung
der Kolonialpolitik und Verwaltung aus. In beiden
soll eine geordnete, praktische und andauernde Rich-
tung angestrebt werden, die sie fest auf die Rottwen-
digkeit der Zeit und die wirtschaftlichen Interessen der
Nation hinführt.“ Betren dem Grundsätze, daß
Kolonien den übrigen Nationen mehr schaden als
nützen und daher besser an die Engländer übergehen,
veröffentlichen die „Times“ heute einen Artikel über die
Finanzergebnisse der portugiesischen Kolonialisierungen,

ersten gleichlaufend, 165 m nördlich von ihr entfernt war; aller Wahrscheinlichkeit nach ließ südlich davon eine ebensolche Straße, so daß die Stadt drei große decumanische (d. h. von Oft nach West laufende Straßen) hatte. Dieselben teilten, durch Schnitten vom Cardo (d. h. die von Nord nach Süd laufende Straße) die Stadt in 8 Regionen. Gleichlaufend mit dem Cardo wurde eine große Anzahl neuer Straßen angelegt, die ihm parallel laufen und, zu je dreien, rechts und links von ihm liegen. Die Hauptstraßen sind 15, die kleineren 5 m breit. Von den so gebildeten insulen sind elf angelegt, die alle genau eine Länge von 165 m einer Breite von 30–40 m haben. Eine einzige dieser Inseln hat eine Ausdehnung von 165 m × 68 m. Diese Regelmäßigkeit der Straßen und die Gleichheit des Flächenraums der Inseln finden sich in manchen Kolonien der Römer wieder, wie in Nossia (Augusta Praetoria Salassorum) und in dem antiken, neuzeitlich wieder aufgefundenen Plan von Tarrin (Colonia Julia Augusta Taurinorum). In dieser Übereinstimmung römischer Kolonien mit den etruskischen Städten liegt der Beweis, daß auch sie eine jener aus einem Wurf entstandenen, nach festem Plan und nach den von den etruskischen Ritualbüchern über die Koloniengründung vorgeschriebenen Regeln errichteten Kolonien waren, welche die Römer später als Vorbilder für die eigenen nahmen. Die etruskische Kolonie bei Marzabotto, die von den Römern vielleicht aus strategischen Gründen aufgegeben wurde, ist die einzige, welche, unberührt von den nachkommenden römischen, mittelalterlichen und modernen Civilisationen, ihren ursprünglichen etruskischen Typus unverfälscht bewahrt fand.

und daraus geht denn hervor, daß dieselben in den letzten zehn Jahren einen Fehlbeitrag von 850 000 Pd. Sterl. aufweisen, der bis jetzt den portugiesischen Finanzen verheimlicht worden sein soll. (1) Indessen solange Portugal die Engländer nicht um Zahlung dieses Fehlbetrags angeht, folgt aus der finanziellen Ohnmacht der Portugiesen immer noch nicht das Recht, ihnen die Kolonien aus Barbareigkeiten abzunehmen. Die englische Flotte lag vor einigen Jahren elend darunter und doch war England seit Jahrhunderten eine der ersten Seemächte. Jetzt hat es sich aufgerafft und so will sich Portugal auch jetzt austatten, wenn es auch Jahrhunderte lang geschlossen hat.

* Sofia, 3. Februar. Zum Anschluß an die bereits gebrachten Meldungen über die Verhaftung des Majors Paniza werden der „Vol. C.“ noch folgende Einzelheiten berichtet: Infolge der Festnahme des Majors Paniza haben sich die Behörden veranlaßt, auch die weitere Verhaftung von sechs Personen anzuvordnen, unter welchen sich drei Militärs befinden. Unter den Verhafteten befindet sich der Advokat Matheus und, wie man versichert, auch ein gewisserer Platzkommandant von Sofia, nämlich jener, der diese Stelle zur Zeit der gewaltsamen Entfernung des Fürsten Alexander bekleidete. Diese sechs Personen werden beschuldigt, an den beleidigenden Reden des Majors Paniza gegen den Prinzen und die Regierung teilgenommen zu haben. An Gerüchten, die mit dieser Sache in Zusammenhang stehen, fehlt es hier nicht. So wird erzählt, daß sich Paniza zum Platzkommandanten von Sofia begeben habe, in der Absicht, ihn zu bestechen, daß ihm dieses Vorhaben aber nicht gelungen sei. Ferner, daß er in einem Kaffeehaus der Hauptstadt, trotz der dringenden Zureden seiner Freunde, sich zu möglichen, die rücksichtslosen Bemühungen gegen das Staatsoberhaupt gemacht hätte. Es ist damit offenbar jener Auftritt gemeint, welcher unmittelbar zur Verhaftung des Majors geführt hat. Es ist nun deutlich zu erkennen, daß es lediglich Schäßigkeit gegen seine Vorgesetzten, und ganz besonders der Regier darüber, daß er in diesen Jahren nicht zum Avancement vorgeschlagen wurde, war, was Paniza zu so feindseligen Ausfällen gegen die Vertreter der Staatsgewalt verleitete. Aber — wie man hier ganz richtig urteilt — es hatte lediglich von seiner Führung als Offizier abhängen, daß seine Ammertshof auf eine Beförderung in Kürze berücksichtigt worden wäre. Während die weiteren Untersuchungen in dieser Angelegenheit im Gange sind, befindet sich Major Paniza unter militärischer Verhaftung in Sofia.

wahrung im Gewahrsam.

Nach wie vor erhält sich dieser Auslegung gegenüber die Annahme einer Vertheidigung gegen den Prinzen Ferdinand als die Ursache der Verhaftung. So wird der Boss *Ztg.*, welcher die Verantwortung dafür bleibt, aus Belgrad gemeldet: An diplomatischer Stelle langten heute morgen Berichte aus Sofia ein, welche melden, die Untersuchung gegen Major Paniza und dessen Mitshuldige ziehe weitere Kreise um sich. Es dürften noch Verhaftungen erfolgen. Am Besiege des ebenfalls verhafteten Advoleten Matheew wurden Briefe vorgefunden, welche klar beweisen, daß eine wohlvorbereitete Vertheidigung gegen den Fürsten und die Regierung im Buge war und nächster Tage bereits der Anschlag ausgeführt werden sollte. Aus den Briefen geht hervor, daß Matheew im Monat September Tragan Janlow in Belgrad und im November in St. Petersburg besuchte. Leyzeyer schickte ihm eine halbe Million Rubel, welche er bei der Bank hinterlegte, im Falle des Gelingens der Vertheidigung zu. Er riet Matheew, mit Major Paniza, welcher unzufrieden mit der jetzigen Regierung sei und Einfluß auf die jüngeren Offiziere habe, in Verbindung zu treten. Paniza schien auf den Vorschlag Matheews eingegangen zu sein und sich für die Ausführung des Anschlags der Offiziere zweier Schwadronen und einer Batterie gewußt zu haben, welche den Palast und die wichtigsten Punkte Sofias besiegen sollten. Von einem Offizier der dabei beteiligten Artillerie sei indessen im letzten Augenblide der Anschlag dem Fürsten selbst übermittelt worden, worauf die Verhaftung der Hauptshuldigen erfolgte.

und ist deshalb höchst wichtig für die Erkenntnis der Entwicklungsstufe, auf welcher sich die Etrusker im 5. Jahrhundert v. Chr. befanden, als sie die Po-Gegend kolonisierten. Die Kolonie von Marzabotto ist eine derjenigen, welche die Etrusker nach Titus Livius in das Po-Thal schickten, nachdem sie ihre eigene Herrschaft über das Mittelmeergebiet aufgegeben hatten. Ihr Name ist zwar nicht bekannt, doch hat man die Zeit ihrer Gründung, die zweite Hälfte des 5. Jahrhunderts v. Chr. aus den den Brütern entnommenen griechischen Vasen bestimmen können. Zwischen dem Bürgersteig und den Häusern steht man auf große 80 cm breite Abzugsgräben von verschiedener Tiefe, welche das Vorhandensein eines vollständigen Kanalisationssystems beweisen, das die Römer später erweiterten und vervollkommeneten. Die Wauern dieser Abzugsanläle sind aus Bruchsteinen a secco aufgebaut und durch große Tuf- oder Travertinblöcke verstärkt, welche letztere in der sehr dichten Mauerarbeit jener Zeit auch vielfach an Privatgebäuden in Verwendung kamen. Schon die großen Dachziegel, welche durchschnittlich 60 cm lang und 40 cm breit und von 50 cm langen und 20 cm breiten platten Ziegeln überdeckt waren, verlangten jenen soliden Mauerunterbau. Das interessanteste Resultat dieser Ausgrabungen besteht in der Ablösung verschiedener etruskischer Häuser, welche unwiderrücklich beweisen, daß die Römer selbst die Pläne ihrer

Brüderhäuser von den Etruskern überkommen haben. Eines derselben nahm eine ganze Insel ein, stand mit den umgebenden Läden in Verbindung und bildete ein großes Ganzes mit ihnen, so daß anzunehmen ist, der Eigentümer habe, wie das auch in

wie viele Tage sie in Anspruch nehmen wird, aber sicher ist, daß sich die Diskussion zeitweilig sehr lebhaft gestalten dürfte. Der erste Redner, Abg. Büchel, welcher der früheren konstitutionellen Gruppe angehört hatte und gegenwärtig Mitglied der Mehrheit ist, sprach indes sehr nüchtern, wie dies in einer objektiven Debatte sein sollte. Er kritisierte den vorgelegten Bericht, welchem er den Vorwurf macht, daß er das Ziel nicht einhält, das ihm die Kammer vorgeschrieben hatte, und daß er gewisse Anklagen, die er erhebt, nicht ausreichend begründet. Der Redner mußte seinen Vortrag wegen des vorgezogenen Tages unterbrechen und wird ihn in der nächsten Sitzung fortsetzen. Es mag sein, daß der Bericht in gewissen Punkten Anlaß zur Kritik gibt, indem er in manchen Sätzen nicht ausreichende materielle Beweise für die vorgeblichen Malversationen erbringt, so daß er keinen eigentlichen Anklagegehalt bilden kann (was er übrigens auch nicht vorstellen soll). Es ist jedoch unzweifelhaft, daß er die klägliche Verwaltung der angegriffenen Regierung bloßlegt und in mehr als einem Falle entschiedene Mißbräuche feststellt. Angenommen, daß er die Statiam auch eine Auspielung auf diese Mißbräuche, als er in der Kammer einige seiner Anhänger den Vorwurf macht, daß sie in ihren Handlungen nicht ganz korrekt seien. Diese Beschuldigung, welche der ehemalige nationalliberale Rabbiner gegen seine Anhänger erhob, war in scharfen und harten Ausdrücken gehalten. Die rechtlichen Anhaltspunkte zur Verfolgung einiger der fraglichen Personenlichkeiten waren jedenfalls geboten. Wird dieser Fall eintreten? Der Berichterstatter der "P. C." glaubt, nicht, selbst wenn in der Kammer in Angelegenheiten dieser Art keine Zweidrittelmehrheit zur Beschlusshaltung notwendig wäre. Vor allem gehen die Meinungen über diese Angelegenheit in den verschiedenen parlamentarischen Gruppen sehr auseinander. Was

zur Theorie, welche die Nationalliberalen im das parlamentarische Leben zuerst eingeführt haben und wonach eine zur Macht gelangende Regierung die frühere auf die Anklagebank setzen kann, als eine wesentlich revolutionäre an. Die Mehrheit wird also dem Beispiel nicht folgen, welches ihr die Liberalen im Jahre 1876 und früher gegeben haben, indem sie der Ansicht ist, daß dasselbe mit den Ideen der Konservativen, mit den Grundtaten einer Partei nicht in Einklang zu bringen ist, welche auf ihrem Wert und ihre Rechtmäßigkeit zählt, um den Sieg über ihre Gegner davonzutragen, und nicht auf derartige, abseits liegende Mittel dazu. Die Konservativen werden in Übereinstimmung mit dem Kabinett nicht für die Anträge des Berichtes der Untersuchungskommission stimmen. Weil die Regierung, auch ihre Anhänger möchten gegenüber den ehemaligen Ministern und den angeklagten Beamten Schonung üben, aber sie wollen alles vermeiden, was der fraglichen Angelegenheit, welche nur nach dem gemeinen Rechte beurteilt werden soll, einen politischen Charakter geben könnte. In diesem Sinne werden sich wohl auch die autoritativen Stimmen der Mehrheit aussprechen, ja, ein Balsorester Journal versichert, daß selbst die Regierung, falls sie dazu gedrängt würde, eine Erklärung abzugeben, diese in ähnlichem Sinne halten würde. Unter allen Umständen wird man in Wochentrift über den Ausgang der ohne Zweifel leidenschaftlich geführten Debatte im Klaren sein. Die Debatte wird, was den Kern des Prozesses anbelangt, kaum weitere Rejultate ergeben als diejenigen, welche in diesem Berichte dargelegt sind, aber so dünkt dabei, was die Verwaltung des nationalliberalen Kabinetts anbelangt, zu seltsamen Enthüllungen führen, welche die Taten der Anklageakte ergänzen werden, sowie zu Enthüllungen über die Ideen und die Verhaltens-

Konstantinopel, 3. Februar. Mit dem zum italienischen Generalkonsul in Buda-Pest ernannten Kavaliere Eugini schiedet eines der angesehensten Mitglieder des diplomatischen Corps aus Konstantinopel. Dr. Eugini, der nach mehrjähriger Thätigkeit bei der Botschaft in Berlin seit drei Jahren in der türkischen Hauptstadt als erster Sekretär der italienischen Botschaft thätig ist, hat in dieser Zeit wiederholst und durch Monate Gelegenheit gehabt, die Interessen Italiens als Geschäftsträger zu vertreten. In dieser Eigenschaft hat er es durch sein verträgliches Wesen in übertragender Weise verstanden, die Bereitwilligkeit der Porte gegenüber schwiebenden italienischen Ansprüchen zu gewinnen, während andererseits die Vertreter der Zentralmächte in ihm einen ebenso klaren wie bekannten

Pompeji häufig vorfand, die Erzeugnisse seines eigenen Bodens daselbst verkaufte. Das Haus ist 35 m lang, steht auf dem Centraldecumanus und ist mit großer Sorgfalt ausgebaut. Alle Grundmauern stützen sich auf Edsteine von Travertinblöcken. Die Hauptsturzweisen beiden Seiten von Läden, Verschlägen und Gewölben umgeben, besteht aus einer 4 m langen und 17 m breiten Vorhalle, die ganz mit Rieselfiguren geplastert ist und einer imposanten Eingangshalle von 7 m Länge und 10 m Breite. Diese war ebenso offen und mit einer zum Abfluss des Regenwassers bestimmten Rinne versehen. In der Ecke war ein Brunnen gegraben, aus dem unter anderem ein Stein mit dem Namen des Besitzers Lantinius trug. Auch große Überreste des Puteals in Terracotta, das den Brunnen umgab, wurden herausgezogen und gehören somit zu den ältesten, was man in dieser Art besitzt. Der Hof mit seiner Umgebung von Räumen, die 6,80 m im Quadrat messen, den alao und dem tablinum gibt das genaue Vorbild der pompejanischen Häuser. Große Räume öffneten sich nach der Hinterseite und bildeten eine Art Peristyl, das nach Diodoros Siculus auf die Etrusker zurückzuführen ist. Dies in der Hauptsache die Resultate der von der Regierung bei Marabotto vorgenommenen Ausgrabungen, deren Bericht dem Unterrichtsminister vorliegt und der Veröffentlichung entzogen bleibt.

* Stanley's Buch über seine neuesten Erfahrungen in Afrika wird nach einem Schreiben des Verfassers an seinen Verleger, Mr. Marston, in zwei Bänden, jeder 450—500 Seiten stark, vorzüglich

Vertreter der gemeinsamen Politik schägen leuteten. Auf diesem Gebiete hat er sich besonders während der vorliegenden Abwesenheit des Barons Bianc in den Monaten April bis August des vergangenen Jahres allseitig, auch von Griechen anerkannte Verdienste erworben. Es spricht für die Bedeutung, welche die italienische Regierung dem Posten im Buda-Pest beiweist, indem sie ihn mit einer so wertvollen Kraft besetzt.

Pent Landtag.

Dresden, 6. Februar. Beide Kammern hielten heute Sitzungen ab. Die Erste Kammer nahm in Anwesenheit des Staatsministers Dr. v. Werder und des Sch. Rats Neujel zunächst eine Anzeige der vierten Deputation über die Ungläufigerklärung einer Behörde des Bädermeisters Lœwo in Leipzig-Voltmarstorf und der anderweitigen Petition desormaligen Bahnhörter Reichardt in Leipzig seitens des Bürgermeisters Bentler entgegen und verwies alsdann den Antrag des Frhns. v. Friesen: Die Kammer wolle beschließen, die Königl. Staatsregierung zu erinnern, von den in der verflossenen Finanzperiode 1888/89 voransichtlich verbleibenden und in dem nächsten Staatshaushaltsjahre 1892/93 zur Berechnung gelangenden Überüberschüssen die Summe von einer Million Mark als erstes Kapital — dessen Zinzen dem evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium zur freien Verfügung stehen — dem von dem evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium verwalteten allgemeinen Kirchenfonds überzuweisen zu wollen, gegen 2 Stimmen an die Finanzdeputation, nachdem Frh. v. Friesen denselben in längerer Rede unter Bezugnahme auf den kirchlichen Notstand begründet, auch der Oberhofprediger Dr. Meier denselben im Hinblick auf den guten Glaubens, den eine Bevollmächtigung seitens des Staates in Gunsten der Kirche im Vande machen werde, befürwortet, v. Trüpfelholz aber gegen denselben geprrochen hatte. Radikal Sitzung morgen, vormittags 11 Uhr.

Die Weilte Räimmer bewilligte nach Verpflichtung des neuerrichteten Abg Goldb auf Antrag der Finanzdeputation B (Berichterstatter: Abg. Körber) die unter Titel 6, 7 und 9 des außerordentlichen Haushaltsetats zur Herstellung einer Überführung des Connewitz-Lößniger Kommunikationsweges über die südliche böhmische und die von Leipzig nach Plagwitz führende Bahn, zu Grunderwerb für Erweiterung der Ladestellen an den vormalig Dr. Heinrichs Güterverkehrsanlagen und des Bahnhofs in Plagwitz Lindenau, sowie weiterem planmäßigen Ausbau der Zweiggleise daselbst, endlich zur Aufstellung eines Beamtenwohngebäudes, Abfertigung einer Ladestraße und Anlage eines neuen Aufstellungsgleises für Güterzüge auf Bahnhof Leipzig I geforderten Summen von 108 500, 291 300 und 138 400 M. und ließ noch kurzer Debatte eine Petition von F. W. Neßler u. Gen zu Kaprel, die Zusammenziehung des dazigen Gemeinderates betreffend, dem Antrage der Beschwerde- und Petitionsdeputation (Berichterstatter: Abg. Freytag) entgegengestellt, gegen 5 Stimmen auf sich herab.

* Die Beschwerde- und Petitionsdeputation der Zweiten Kammer hat das 10. Vergleichnis der bei ihr eingegangenen Petitionen veröffentlicht. Vergl. die

Dresdner Nachrichten

Personer til

W. Geestern abend fand eine weitere Versammlung des Wahlaußenausschusses der Ordnungsparteien für den 4. Nachriden Reichstagwahlkreis im Neuhaider Gesellschaftshause statt. Der Vorsitzende, Dr. Oberländer, T. Göring, begrüßte die neu eingetretenen Mitglieder und erinnerte nochmals an die Notwendigkeit, „unseren Gegnern gegenüber, die wir zwar nicht fürdern, aber welche wir ebensoviel unterschätzen dürfen,“ die intensive Tätigkeit zu entfalten. Hieran berührte er über die Organisation derjenigen Teile des Wahlkreises, welche außerhalb Dresden gelegen sind und drei verschiedenen Amtsbaumeisterhoften angehören. Zur Unterstützung des Vorsitzenden in dem Verkehr mit den auswärtigen Wahlkomitees und Beraternsmännern wurden von der Versammlung vier Mitglieder delegiert. Es gelangte sodann der von dem Preßausschuss ausgearbeitete Wahlaufruf zum Vertrag und zur Diskussion. Nach nur unumstößlichen redaktionellen Änderungen wurde derselbe einstimmig angenommen, worauf der Vorsitzende dem Preßausschuss bei dem Verfasser des Aufrütes den Dank des Wahlkomitees aussprach. Die Veröffentlichung des Aufrütes durch die Presse soll in den nächsten Tagen erfolgen; auch werden Beschlüsse bezüglich der jeweiligen Agitation getroffen. Eine öffentliche Versammlung der Wähler der Ordnungsparteien, in welcher der Kandidat, Dr. Geh. Rat Alem, sprechen wird, soll demnächst stattfinden. Rübersetzung § 3 durch die Tagesblätter befürwortet werden.

frätestens im Mai d. J. erscheinen. Drei lange Kapitel sind bereits geschrieben. Staulen hilft seinem Gedächtnisse nach durch Aufzeichnungen, welche sehr große Notizbücher füllen. Das Werk wird reich illustriert sein und zahlreiche Landkarten enthalten.

* Vor einem aus Medizinern und Laien bestehenden, geladenen Publikum wurde dieser Tage in Wien in der Wohnung des Direktors des Centralbades Dr. W. Szerbet eine neue Untersuchungslampe gezeigt, die von dem Dozenten Gattner erfunden, den vollsten Beifall der Mitglieder der Gesellschaft der Ärzte, sowie der Ärzte im allgemeinen gefunden hat. Die Lampe erleichtert in nahezu außerordentlicher Weise dem Arzte die Beleuchtung und somit die Untersuchung der verschiedenen Höhlen des menschlichen Körpers, indem durch sie das Licht bis in den zu untersuchenden Raum gebracht werden kann, ohne daß der Leidende irgendwie durch Wärme oder durch eine andere Unannehmlichkeit belästigt wird; dabei ist die Beleuchtung eine so starke, daß sie vollständig dem Zweck entspricht. Die Einrichtung der neuen „Untersuchungslampe für Ärzte und Laien“ ist sehr einfach. Die Beleuchtung der Lampe versieht eine gewöhnliche Stearinkerze. Ihr Licht fällt auf einen etwa drittthalb Zoll langen Glasstab. Dieser horizontal liegende Glassstab wird dem zu Untersuchenden je nach Bedarf in die Mund- und Nasenhöhle, an das Auge oder an eine Wunde gelegt und man erzielt damit eine überraschende Verdienstleistung.

Der Wert einer solchen Lampe liegt klar zu Tage, sie wird in jeder Familie treffliche Dienste leisten. Insbesondere ist durch sie die eingehende Untersuchung des Halses, namentlich bei Kindern, sehr erleichtert.

